Sonnabend, 4. Juli 1925 · 73. Jahrgang Nr. 313

Berliner Volks-Zeitung

Heute: Jede Woche Musik

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch normal — **Preise auf bisheriger Höhe**

Rindfleisch 0,85—1,20, ohne Knoch. 1,20—1,60. Kalbfleisch 1,10—3,00, Hammelfleisch 1,10—1,50, Schweinefleisch 1,00—1,70, Gefrierfleisch 0,45 bis 0,90, Rückenfett 0,85—1,10, Liesen 0,85—1,10, Rindertalg ausgel. 0,75—0,85 d. Pfd., Salzheringe 0,05 bis 0,10 d. St., Butter 1,70—2,30 d. Pfund. Eier 0,10—0,18 das Stück, Zwiebeln 0,15—0,20 das Pfund.

Einheitsbrot . . . 0,50 Reichsindex . . . 135,—
Milch . . . . . 0,36 Strassenbahn . . . 0,15
Briketts Keller Ztr. 1,57 Hoobb. Tlnr. II 0,35, III 0,15
Gaskoks Keller Ztr. 2,22 ganze Str. II. 0,30, III. 0,26
Strom o. Grundgeb. . 0,18 Stadtbahn II 0,25, III 0,15
Gas 0,16 Wasser . 0,17 Omnib. Teil 0,15, g. Str. 0,20

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpost k. 0,36, brief 0,40
Postk. 0,03, F. n. Oest. 0,06
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10
Brief 0,05, Fern- u. Oest. 0,10
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20
Dtsch. Belg. Dän. Danz. Lit. Ndrl. Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Dtschstaat. Norw. Tschech. 17
Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Russl. 35-41. Ver. Staat. 125-295

Frankreichs schwere Marokkosorgen

Der zunehmende „Druck des Feindes" – Ein Interview mit Primo de Rivera – Der Bericht der parlamentarischen Schlachtenbummler

Paris, 4. Juli.

Der offizielle Kriegsbericht aus Marokko lautet: „Im Westen haben wir Zitune erreicht. Der Militärposten von Tafraut konnte ohne Zwischenfälle neu verproviantiert werden. Die Situation im Osten ist sehr gespannt; der Druck des Feindes wird stärker." Diese lakonische Meldung über den zunehmenden Druck der Truppen Abd-el-Krims erregt in Paris Besorgnis. Man erwartet mit Ungeduld nähere Nachrichten.

Da es vor Kriegsschauplatz nicht viel Gutes zu berichten gibt, bemüht sich die Kriegspresse, ermunternde Nachrichten über die Verhandlungen in Madrid zu bringen. Der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien" hat Primo de Rivera interviewt. Der Bericht über diese Unterredung ist sehr lang; aber der Inhalt bringt nicht viel neues. Primo de Rivera versichert, daß er sehr optimistisch über das Ergebnis der Konferenzen denke. „Denken Sie an eine gemeinsame militärische Aktion?" fragte der Franzose. Auf diese Frage antwortete Primo de Rivera nicht. „Dieser Soldat spricht vom Frieden", erzählt der Interviewer.

Die Armeekommission hat die Delegierten der Kammer, die aus Marokko zurückgekehrt sind, gestern in einer besonders einberufenen Sitzung angehört. Der Vorsitzende der parlamentarischen Mission, Guilhaumont, schilderte die Lage und erklärte, daß er eine Offensive für dringend notwendig halte. Ein Angriff sei weniger kostspielig als eine abwartende Haltung in einem Guerillakrieg, der täglich neue Ueberraschungen bringen könne. Guilhaumont verlangte außerdem die Ernennung eines vom Generalresidenten unabhängigen Militäroberbefehlshabers.

Renaudel unterstützte diese Auffassung und war gleichfalls für eine energische Weiterführung der begonnenen Operation, aber unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig auch Friedensverhandlungen eingeleitet würden.

Der Krieg in Marokko müsse unter allen Umständen schnell beendet werden. Alle Mitglieder der Mission wünschen die Einstellung der offiziellen Heeresberichte, welche die Wichtigkeit unbedeutender Operationen beständig übertreiben und ein ganz falsches Bild geben. Die Kommission wird den Ministerpräsidenten bitten, Communiqués dieser Art nicht mehr veröffentlichen zu lassen.

Guilhaumont sagte über Abd-el-Krim, den der Senator Chéron einen „Rebellen" nannte, und der in vielen französischen Zeitungen als ein wilder Fanatiker geschildert wird: „Abd-el-Krim ist kein Visionär, der an eine göttliche Sendung glaubt, sondern ein Mann, der arbeitet und denkt. Er war Beamter in spanischen Diensten und darf nicht unterschätzt werden, denn er besitzt große Fähigkeiten als Führer, als Diplomat und Organisator."

Luther will keine Aussprache

Verlegenheitsbeschluß des Aeltestenrats – „Kein Beratungsstoff" – Die nächste Sitzung erst Mittwoch

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde, wie wir berichtet haben, der Beschluß gefaßt, Präsident Loebe solle wegen der außenpolitischen Aussprache mit dem Reichskanzler verhandeln. Diese Verhandlungen haben bis zur Stunde ein befriedigendes Ergebnis nicht gehabt.

Der Reichstag hat gestern abend mit überwältigender Mehrheit sich letzten Endes für die außenpolitische Aussprache vor der Absendung der deutschen Antwort auf die Note Briands ausgesprochen. Das war der Kernpunkt der ganzen Debatte. Dazu hat nun **der Reichskanzler dem Präsidenten Löbe mitteilen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt — also vor der Absendung der Note — eine außenpolitische Debatte im Reichstage nicht stattfinden könne.** Von dieser Erklärung des Reichstages hat der Reichstagspräsident heute mittag kurz vor Beginn der Plenarsitzung im Aeltestenrat Mitteilung gemacht. Der Reichskanzler hat sich ferner bereit erklärt, die Gründe für seine Zurückhaltung dem Aeltestenrat persönlich vorzutragen. **Nun hat der Aeltestenrat heute mittag beschlossen, daß am Montag und Dienstag keine Plenarsitzungen stattfinden sollen.** Als Begründung wurde von der Mehrheit des Aeltestenrats angegeben, es liege „kein Beratungsstoff" vor. Das klingt etwas sonderbar, wenn man weiß, wie groß noch die Aufgaben sind, die der Reichstag vor den Ferien erledigen will. Also im Augenblick ist geplant, den Montag und Dienstag völlig für die Ausschußsitzungen zu reservieren. Die Aeltestenratsitzung, in der der Reichskanzler sprechen will, wird dann erst, voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Das alles ist aber noch sehr im Fluß, **da die Sozialdemokraten erklärt haben, daß die Entscheidung in der heutigen Plenarsitzung getroffen werden müsse.** Aber auch dann, wenn der Reichstag heute beschließen sollte, daß er die Erklärungen des Reichskanzlers im Aeltestenrat abwarten will, so muß damit noch nicht ausgesprochen sein, daß die außenpolitische Aussprache endgültig bis nach der Absendung der deutschen Antwortnote, also etwa bis zum 15. oder 16. Juli vertagt sein würde.

Jedenfalls würden die Linksparteien sich vorbehalten, nach den Erklärungen des Reichskanzlers im Aeltestenrat erneut die sofortige Besprechung der außenpolitischen Lage im Plenum des Reichstages zu fordern.

Fast 5 Millionen Sachsen. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes in Dresden betrug die Bevölkerungszahl des Freistaates Sachsen am 16. Juni 4 970 301 Personen. Am 1. Dezember 1910 hatte Sachsen 4 806 661 Bewohner. Die Volkszahl in Sachsen ist demnach in diesem Zeitraum um 3,4 Prozent gestiegen. Die Einwohnerzahl von Dresden beträgt 608 025, die von Leipzig 660 140 Personen.

Die Moskauer Todesurteile

Deutsche Schritte zur Verhinderung der Urteilsvollstreckung

Der Schlußbericht über den Moskauer Studentenprozeß ist der Reichsregierung zur Stunde noch nicht zugegangen, wird aber noch im Laufe des Tages erwartet. Bis zum Eingang des Berichtes behält sich die Reichsregierung, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die Stellungnahme vor. Die Regierung hat jedoch Schritte unternommen, die eine Urteilsvollstreckung auf jeden Fall verhindern sollen.

Daneben ist zu erwarten, daß die Angeklagten von dem ihnen zustehenden Recht eines Gnadengesuches an das Zentralexekutivkomitee der Union der Sowjetrepublik Gebrauch werden. Außerdem **wird die deutsche Regierung von der Sowjetregierung befriedigende Erklärungen darüber verlangen, daß die im Prozeß aufgestellten Behauptungen über mittelbare und unmittelbare Mitwirkung des Legationsrats Hilger an dem den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen unberechtigt sind.** Im übrigen muß sich die Reichsregierung ihre weiteren Schritte vorbehalten, bis der von der deutschen Botschaft in Moskau eingeforderte abschließende Bericht über den Prozeß vorliegt.

Die Opfer der Moskauer Justizkomödie

Ditmar

Dr. Kindermann

Wolscht

Schnelldienst

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold wohnt den heutigen Beratungen des Steuerausschusses bei, um ähnlich wie gestern sein preußischer Kollege Hoepker-Aschhoff gegen das Finanzausgleichsgesetz der Reichsregierung Einspruch zu erheben.

Die diesjährige Tagung des Auslandsdeutschtums findet in den Tagen vom 29. August bis 5. September in Berlin statt.

Der französische Außenminister Briand hat gestern abend den polnischen Außenminister Strasburski empfangen, der auf der Durchreise nach den Vereinigten Staaten ist.

Briand hat gestern abend den englischen Botschafter Lord Crewe empfangen.

In der gestrigen Londoner Kabinettssitzung wurde die Lage in China erörtert.

Die „Times" melden aus Hongkong, der Streik dehne sich weiter aus, die Post werde nicht mehr ausgetragen.

Die amerikanische Regierung hat an die Regierung von Jugoslawien einen genau ausgearbeiteten Plan über die Regelung der jugoslawischen Schulden an Amerika gesandt.

Die Lira hat sich gestern an den italienischen Börsen etwas erholt. Das Pfund sank bis auf 134, der Dollar auf 28,4.

Gestern ist nach einer Unterbrechung von 20 Tagen das römische Organ der Popolari „Il Popolo" wieder erschienen.

Blitzableiter

Flächensteuer statt Zölle

Von

Dr. h. c. Freiherr v. Schoenaich, Generalmajor a. D.

Die „B. B. Z." hat sehr richtig auf den Hauptgefahrenpunkt der augenblicklichen politischen Lage hingewiesen. Die Regierung Luther könnte versuchen, die Abrüstungsfrage hinhaltend zu behandeln, um zunächst einmal die Zollgesetze unter Dach und Fach zu bringen. Nachher wäre ihr ein Sturz nicht unangenehm, die fatale Erledigung der Abrüstung würde sie nendlos einer Regierung der Weimarer Koalition überlassen. Die Rechtspresse würde dieweil die Wut des Volkes gegen die Forderungen unserer Gegner tüchtig schüren, damit es die unsozialen Zollgesetze und den Abbau des Achtstundentages geduldig schluckt.

Das heißt, die Abrüstung soll der Blitzableiter sein für die Liebesgaben an die großen Wirtschaftsgruppen.

Die Beständigkeit unserer Außenpolitik könnte ohne Schwierigkeit durch das Verbleiben der beiden Minister Dr. Geßler und Dr. Stresemann gesichert werden, da beide Herren die für Politiker unschätzbare Eigenschaft besitzen, sowohl in einer Rechts- wie in einer Linksregierung zu amtieren, ohne ihre politischen Grundsätze irgendwie zu ändern.

Ob der große Schlag gelingt, ob die Linksparteien darauf reinfallen, steht noch nicht fest, wir müssen uns aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß man die Zollgesetze durchpeitscht.

Das Kernstück dabei sind die Getreide- und Viehzölle. Die Landwirte behaupten, ohne sie nicht existieren zu können.

Das Jammern der Landwirte muß man mit großer Vorsicht aufnehmen. Die Herren haben auch gejammert, als sie während der Inflation im Gelde schwammen. Wie geht es den Landwirten jetzt nun wirklich? Ich glaube über den Verdacht erhaben zu sein, die großen Wirtschaftsgruppen über Gebühr in Schutz zu nehmen, aber ich sage es rund heraus, sie kämpfen zurzeit einen schweren Kampf. Nicht die hohen Löhne, wie manche behaupten, auch nicht die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, und nicht die hohen Preise für landwirtschaftliche Maschinen sind das entscheidende, sondern die Kreditschwierigkeiten, die für den nur einmal jährlich umsetzenden Landwirt viel unangenehmer sind als für den Industriellen und den Kaufmann. Zurzeit ist der Getreidezoll viel weniger brennend als die Vieh- und Fleischzölle, da die Auslandspreise für Getreide höher sind als die Inlandspreise. Der Landwirt muß sich in seiner Wirtschaft aber auf lange Sicht einstellen. Es ist also durchaus verständlich, daß ihm die Zukunftspreise ernste Sorge bereiten. Es besteht die große Gefahr, daß die Landwirte sich aus Zukunftssorgen auf extensive, das heißt weniger risikoreiche und weniger kreditbedürftige Wirtschaft einstellen. Das aber muß aus volkswirtschaftlichen Gründen verhindert werden.

Nachdem sämtliche zünftigen Volkswirte sich gegen Getreidezölle ausgesprochen haben, weil sie die Arbeiter belasten, die Lohnschraube in Bewegung setzen und unsere Industrie auf dem Weltmarkt ausschalten, muß nach anderen Mitteln gesucht werden, der Landwirtschaft zu helfen.

Ich glaube, daß das Mittel nur in der Steuergesetzgebung zu suchen ist. Unsere Steuergesetze sind so verwickelt, daß nur noch Spezialisten hindurchfinden. Das aber wieder öffnet der Steuerhinterziehung Tür und Tor. Es ist ein Kinderspiel für einen Landwirt, so zu wirtschaften, daß buchmäßig nachzuweisen ist, daß ein Einkommen in dem laufenden Jahre nicht erzielt worden ist.

Dagegen gibt es nur ein Mittel, und das ist die Flächensteuer. Die Vorschläge, die der frühere oldenburgische Ministerpräsident Tantzen, dem ersten Fachmann auf dem Gebiet, dem Reichsfinanzministerium in einer Denkschrift unterbreitet hat, scheinen dort in den Papierkorb gewandert zu sein.

Die Sache liegt ganz einfach. Wenn heute ein Gut oder eine Bauernstelle verpachtet wird, so einigen sich Pächter und Verpächter sehr schnell über den Pachtpreis. Sie berechnen einfach beide, was bei verständiger Wirtschaft aus dem Betrieb herausgeholt werden kann. Die Pachtpreise bewegen

sich bei Großwirtschaften je nach der Bodengüte zwischen 1½ und ½ Zentner Roggen je Morgen, bei Kleinbetrieben etwa in doppelter Höhe. Scheinbar können Pächter dabei bestehen. Warum geht die Steuer nicht zu ähnlichen Methoden über?

Würde man den landwirtschaftlichen Betrieb nach einfachem Flächeninder unter Fortfall aller anderen Steuern belasten, so wüßte der Landwirt endlich einmal genau, woran er ist, genau wie der Pächter das weiß.

Die Sache hätte ferner den Vorteil, daß ein Beamter in jedem Betriebe erspart, sehr viele Beamte der Finanzämter für andere Reichs- und Staatsbetriebe frei würden, und daß das Finanzministerium seine Steuervoranschläge weit genauer machen könnte als bisher.

Vor allem aber würde der Landwirt einen Anreiz haben für intensive Wirtschaft, statt wie jetzt für extensive. Er würde sich sagen, so und so viel muß ich herausholen, was ich mehr herausholte, gehört mir ohne jeden steuerlichen Abzug.

Natürlich müßte zunächst eine Neueinschätzung der Wirtschaften erfolgen, und zwar getrennt nach Boden, Gebäuden und Inventar. Wenn die Schätzungen nicht nur für die Steuer, sondern auch für eine einzige Enteignung gültig sind, kann es unbedenklich eine Selbsteinschätzung sein. Der Landwirt selbst hätte aus steuerlichen Gründen ein Interesse daran, die Schätzung niedrig zu halten, von zu niedriger Schätzung aber würde ihn die Möglichkeit abhalten, daß sein Besitz zu Siedlungszwecken enteignet werden könnte.

Die hier vorgeschlagenen Dinge sind längst Allgemeingut aller Bodenreformer, die in allen politischen Parteien des Reichstages vertreten sind, die aber, wenn es einmal darauf ankommt, Ernst zu machen, ängstlich den Mund halten.

Die drohende Gefahr der hohen Schutzzölle auf notwendige Volksnahrungsmittel wird ihnen den Mund hoffentlich bald öffnen.

*

Die Zollenquetekommission

Ihre Zusammensetzung — Ein Durchpeitschungsversuch

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags hörte heute zunächst das Ergebnis der Beratungen seines Unterausschusses, das vom Abg. Dr. Schneider (Dresden) vorgetragen wurde. Der Unterausschuß hat sich dahin geeinigt, als Vorsitzenden der Enquetekommission Herrn Rabetthge zu bestimmen. Stellvertretender Vorsitzender wird Herr August Müller. Außerdem wurde beschlossen, in die Kommission zwei Nationalökonomen, Warmbold und Sehrina, und zwei Betriebswirtschaftler oder Betriebswissenschaftler als Beisitzer zu wählen. Der Kommission sollen außerdem für die fünf größten Fraktionen einschließlich der Kommunisten je zwei Vertreter, für die kleineren Fraktionen je ein Vertreter angehören. **Die Parteien sollen auch die Möglichkeit haben, Nichtmitglieder des Reichstags als ihre Vertreter zu bestimmen.**

Der Ausschuß sanktionierte dann die Beschlüsse eds Unterausschusses.

In der Weiterberatung der Einzelpositionen für die Positionen: Steine und Erde der Zollvorlage begründet Abg. Sollmann (Soz.) einen Antrag, zu den Zöllen für die für Baugewerbe und damit für die Wohnungsnot besonders wichtigen Gruppen Steine und Erden den Reichsarbeitsminister zu hören. Millionen von Volksgenossen warteten auf Wohnungen, ohne daß sie ihnen geschafft werden könnten. **Wenn der Baustoff durch Hochschutzzölle weiter verteuert würde, wie es durch die Zollvorlage geschehen soll, würden die Aussichten für Wohnungen noch erheblich schlechter werden.**

Abg. Horlacher (Bayr. Vpt.) beantragt, die Redezeit für Begründung der Anträge auf 5 Minuten festzusetzen. (Zurufe links: unerhört!)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) verwahrt sich gegen diesen **Versuch der Vergewaltigung hinsichtlich der Redezeit.**

Abg. Dr. Rosenberg (Kom.) nennt den Antrag Horlacher einen **„Guillotineantrag“**, der abgelehnt werden müsse.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte zieht Abg. Horlacher (Bayr. Vpt.) seinen Antrag zurück.

Sozialdemokratische Anträge, die Zölle für Zement und für Schiefer zu streichen, werden abgelehnt.

Reise-Luther. Reichskanzler Dr. Luther wird am 13. Juli nach Dresden kommen, um der sächsischen Regierung einen Besuch abzustatten. Die Stadt Dresden plant einen besonderen Empfang.

Die Rechte gegen Verbesserung der Grubenkontrolle

Abstimmungssabotage im Landtag — Das Blutbad in der Halleschen Kommunistenversammlung

Das Haus geht in die Sommerferien

Im preußischen Landtag verfiel heute vor Eintritt in die Tagesordnung ein kommunistischer Antrag, vor der Vertagung des Hauses noch die Beratung über die Frage der Regierungsumbildung vorzunehmen, der Ablehnung.

Zur Frage, ob in einem Untersuchungsausschuß ein Abgeordneter, der vor diesem Ausschuß als Zeuge vernommen worden ist, als Mitglied dieses Ausschusses tätig sein darf, hat der Geschäftsordnungsausschuß festgestellt, daß die bezüglichen Vorschriften der Strafprozeßordnung auf Untersuchungsausschüsse keine Anwendung finden.

Abg. Dr. Leidig (Dtsch Vp.) beantragt Ueberweisung der Frage zur Prüfung an den Rechtsausschuß. Die Untersuchungsausschüsse dürften lediglich nach Gesichtspunkte nbes Rechts, nicht nach politischen Gesichtspunkten urteilen.

Das Haus beschließt gegen Sozialdemokraten und Komunisten auf Ueberweisung an den Rechtsausschuß.

Nach Erledigung von Eingaben verabschiedete das Haus die von Hauptausschuß angenommenen Entwürfe, die Staatsmittel anfordern zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorwerken, zur Urbarmachung von staatlichen Mooren, zur Vermehrung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen und für Landgewinnungsarbeiten im Regierungsbezirk Schleswig. — Ferner gelangte der Gesetzentwurf über Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen zur Verabschiedung.

Der Landtag wiederholte hierauf die namentliche Abstimmung über den Ausschußantrag hinsichtlich der Einführung von **Grubenkontrollurern,** bei der sich **bereits zweimal die Beschlußunfähigkeit des Hauses** herausgestellt hatte, da die Rechtsparteien und die Wirtschaftspartei keine Stimmzettel abgegeben hatten.

Die Abstimmung ergab, daß nur 147 Stimmen abgegeben wurden. Das Haus war **wiederum beschlußunfähig.** Der Gegenstand war damit für heute erledigt.

Zweite Sitzung.

In der für sofort anberaumten neuen Sitzung stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Ausschußbericht über den kommunistischen Urantrag über die gerichtliche Untersuchung der **Vorgänge am 13. März 1925 im Volkspark zu Halle.**

Abg. Kilian (Komm.) bezeichnete die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge, wo in einer bis dahin ruhig verlaufenen öffentlichen Versammlung zur Reichspräsidentenwahl durch Schüsse des Schutzpolizeikommandos unter Oberleutnant Pietzker neun Arbeiter getötet und etwa 50 verletzt worden seien, sei geradezu ein Skandal. Es sei unerhört, wenn behauptet werde, die Beamten hätten nur ihres Amtes gewaltet und sich keine Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Der Landtag wolle aber genau so über die Schuftigkeit der Polizeibehörde hinweggehen wie die Gerichtsbehörde.

Vor fast leerem Hause nimmt noch das Wort

Abgeordneter Obuch (Komm.), der es ferner als unerhört bezeichnet, daß bei Behandlung dieses Gegenstandes die Ministerbank völlig leer sei.

Der Antrag der Kommunisten, darauf zu wirken, daß das Hallesche Verfahren unter Hinzuziehung von Hallenschen Abgeordneten und Vertretern der Arbeiter aus den Betrieben schleunigst durchgeführt werde, wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 22. September. Für die Tagesordnung ist zunächst der Ausschußbericht über die Vorgänge bei der Landespfandbriefanstalt vorgesehen. — Ein Antrag der Kommunisten, am kommenden Dienstag eine Sitzung abzuhalten, dabei kommunistische Anträge zur Beratung zu stellen und auch die Abstimmung über die Einführung von Grubenkontrolleuren, die durch die Rechtsparteien infolge Nichtstimmabgabe sabotiert worden sei, zu wiederholen, wird abgelehnt.

Der Landtag ging unter lebhaften Protestrufen der Kommunisten in die Ferien.

Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten

Die Kinderarbeit vor dem Reichstag

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstags heute mittag ½7 Uhr stand in der dritten Lesung das Handelsabkommen mit Griechenland. Die Deutschnationalen beantragten Ueberweisung der Vorlage an den Auswärtigen Ausschuß und an den handelspolitischen Ausschuß. Das schwach besetzte Haus stimmte zu. Dann begann man die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Mit diesem Gesetzentwurf verbunden ist ein sozialdemokratischer Antrag über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Die Vorlage sieht vor, daß die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte Lustbarkeiten und Schaustellungen verboten bezw. eingeschränkt werden kann. Der Ausschuß hat beschlossen, daß zu Lichtspielaufnahmen Kinder nicht herangezogen werden dürfen, bei Kindern über 3 Jahre können Ausnahmen nach Lage der Dinge zugelassen werden. Den Bericht des Ausschusses erstattete die Abgeordnete Frau Schröder-Schleswig-Holstein (Sozd.). Die Verhandlungen dauern fort.

Schiele baut ab

Wann wird er abgebaut?

Reichsminister des Innern Schiele hat den Staatssekretär Heinrich Schulz, der der sozialdemokratischen Partei angehört und im Reichsinnenministerium Schulfragen bearbeitet, durch einen waschechten reaktionären Ministerialrat Gürr ch preußischer Prägung ersetzt, um durch ihn den Reichsschulgesetzentwurf ausarbeiten zu lassen. Man kann sich vorstellen, in welchem „Geist“ dieser außerordentlich wichtige Gesetzentwurf gehalten sein wird, — wenn Herr Gürrich diese Arbeit wirklich bis zu Ende durchführen sollte. Dem Abbau, den Herr Schiele jetzt vornimmt, könnte bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage leicht sein eigener folgen, weshalb sich Staatssekretär Schulz für die Ausübung seines Reichstagsmandates vom Reichsdienst bis auf weiteres hat beurlauben lassen.

Amerika und die Sicherheitsverträge

Coolidge sagt die moralische Unterstützung zu

Cambridge (Massachusetts), 4. Juli. (W. T. B.)

In einer Rede bei einer hier abgehaltenen patriotischen Feier **sagte Präsident Coolidge, die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten für Sicherheitsverträge zur Erhaltung des Friedens in Europa zu.** Mit diesem Versprechen verband er den Hinweis, daß man nur unter dieser Voraussetzung von Amerika eine weitere Mitarbeit an dem finanziellen Wiederaufbau der Alten Welt erwarten könne. „Wenn die Völker der Alten Welt einander mißtrauisch gegenüberstehen,“ erklärte er, „so mögen sie gegenseitig Verträge zu ihrer Sicherheit abschließen. Wenn auch Amerika sich des Eingehens politischer Verpflichtungen, an denen es kein politisches Interesse hat, enthalten wird, **so werden derartige Verträge doch stets die moralische Unterstützung unserer Regierung und sicher auch den Beifall der öffentlichen Meinung der Welt finden.**“

*

Die Antwort an Frankreich

noch nicht einmal im Entwurf formuliert

Die Antwort der Reichsregierung auf die Note Briands ist, wie wir entgegen anderen Meldungen hören, noch nicht einmal in einem Referentenentwurfe formuliert. Jedoch hofft man, daß das Auswärtige Amt im Laufe der nächsten Woche in der Lage sein wird, ein Konzept zur Vorlage an den Kanzler und das Kabinett fertigzustellen. Dem Kanzler bleibt es dann überlassen, die Parteien zu einer Vorbereitung des Entwurfs hinzuziehen. Der Kanzler wird naturgemäß mit den Parteien eine gewisse Fühlung aufnehmen, um sich eine Mehrheit im Reichstage bei der für die Zeit vom 15. Juli angekündigten außenpolitischen Debatte zu sichern.

Am Kurbelkasten

Saure Gurkenzeit — Jeder Schuß ein Treffer — Nach der großen Steckrübenzeit — Des Kaisers Kürassiere — Farbe bekennen! — Uebersetzungskünste — Der Wolf ist los! — Abendfriede.

Der Mann am Kurbelkasten singt:

Zeit der Gurken und des duft'gen Heu's!
Rosendüfte wogen nah und ferne,
Und mit Grund- und Schokoladeneis
Geht es manchem röchelnden Konzerne,
Auch im Schoße der Familie Stinnes,
Wich die Zeit des Inflationsgewinnes.
Gestern hoch, und heute ganz bescheiden —
Zeit der Gurken und der Riesenpleiten!
Gestern noch auf stolzen Rossen,
Heute — durch die Bank: beschossen.

Das war wohl zweifellos auch das Empfinden jenes Ehemanns, dessen Steuererklärung vom Finanzamt mit dem Bemerken beanstandet wurde: „Wir vermissen das Vermögen Ihrer Frau.“ — Der Mann besaß Humor; er schrieb nur darunter: „Ich auch!“ — Geteilter Schmerz ist halber Schmerz.

Ungeteiltes Befremden hat dagegen der Krieg im Frieden hervorgerufen, indem eine artilleristische Reichswehrabteilung das von etlichen hundert Menschen bewohnte Dorf Zinna bei Jüterbog beschossen hat. Daß wir Steuerzahler für die Strecke aufkommen müssen, wäre noch nicht einmal das Schlimmste, wenn dem Richtkanonier nur Dächer, Backöfen und Wände zum Opfer gefallen wären. Leider hat das Granatfeuer auch die Gattin eines Eisenbahnbeamten auf eigener Scholle schwer verletzt. Da hört der Krieg auf, ein „lustiger“ zu sein.

Was die letzte Kriegsgeißel in der Heimat angerichtet hat, das konnte man am vergangenen Sonntag in Steglitz sehen, als die Schuljugend unter den Klängen von drei Kapellen in Reih' und Glied zum Sportplatz marschierte. Welch dünne Aermchen, welche noch heute unterernährten Figürchen kamen da unterm losen Turnerkleide zum Vorschein! Man rechnete zurück, und fand die Lösung: der weitaus größte Teil dieser heranwachsenden Jugend stand während des unbarmherzigen Völkermordens im Alter zwischen vier und zehn Jahren. In jener Zeit lag ihre Kindheit, da die gelehrten Professoren und andere Hirnkapazitäten experimentell begründete Abhandlungen schrieben über den Wert der Entfettung und den trefflichen Gesundheitszustand. Damals erfuhr der Laie, daß eine Gesundheitsschädigung nicht so groß ist, wenn sie fünf Jahre dauert, als wenn sie fünf Tage dauert. Nun haben wir die Quittung. Der Sport soll gutmachen — und wir wollen inbrünstig hoffen, daß er's tut! — was fünf Kriegs- und Steckrübenjahre gesündigt haben. — Den Schluß des Festzuges bildete eine Gruppe von Jünglingen in den Pubertätsjahren und der Tracht der angeblich unpolitischen Pfadfinder. Diese 30 oder 40 Halbstarken sangen unentwegt:

„Kari — rarei ...
Wir sind des Kaisers Reiterei!“

Die Sättel und den Kaiser, für den sie so glutvoll sangen, hatten sie zu Hause gelassen. Etwas fehlt immer!

Auf dem Wasser im engeren und weiteren Umkreis von Berlin herrschte bisher noch allenthalben die schwarzweißrote Flagge aus den Tagen Aegirs, des Herrn der Fluten, vor. Diesem Anachronismus wird jetzt die neugegründete Reichsbanner-Wassersportabteilung ein verdientes Ende machen. Bisher hatten ja sozusagen die Schwarzweißrothes jeden kleinstenÜmpel und jede Fahrrinne gepachtet, und der Wannsee (dichte bei Potsdorf) galt ihnen als Erbdomäne. Nun soll auch dort unser republikanisches Reichsbanner wehen ... „da ist ein voller Farbenklang: ernst-deutsch, und doch frei und froh ausklingend. Schwarz bildet den feierlichen Grundton“, schrieb Dr. J. Rehab, „Rot ist die leidenschaftliche Bewegtheit des Emporstrebens, das goldene Gelb ist Hoffnung, Glaube,

Erfüllung. So entstand ein Akkord auf ernstem Grunde, aber voll freudiger Gewißheit!“

Einen Rekord der Uebersetzungskunst haben sich die Herren Tschechen in einer kleinen, ehedem deutschböhmischen Stadt geleistet, wo es seit urdenklichen Zeiten eine „Quergasse“ gab. Jetzt prangt dort an den Ecken ein neues, schönes Schild: die Gasse heißt jetzt „Flintova“. — Welches Wort aber dem guten deutschen „Flinte“ stammt und zu übersetzen ist mit — „Gewehrgasse“, — Bildung macht frei.

Zwei Jubiläen verzeichnet der Wochenbericht, die Jubiläen zweier wirkungsvoller Werber: die Litfaßsäule blickt auf 70 Jahre zurück, und die Heilsarmee des Generals Booth auf 60. Der selige Booth stand vor 60 Jahren zum erstenmal als Reverend im Londoner Eastend an einer Straßenecke, und die Idee des beklebten Eckenstehers Litfaß stammt aus Paris. Was uns nicht hindern soll, beiden Geburtstagskindern, die sich durch straffe Organisation berühmt gemacht haben, ein frommfröhliches „Nur so weiter!“ zuzurufen.

In Mailand brachen zwei Wölfe aus ihrem Zwinger aus, der in den öffentlichen Gärten zwischen dem Venezischen und dem Neuen Tore lag. Sie liefen schnurstracks auf den belebten Bahnhofsplatz, zerfleischten einen Hund und bissen einen Radler Mussolinis in die Waden. Die Panik war groß, denn man glaubt heutzutage nicht mehr recht in Italien an die Beteuerung des alten Horaz, daß ein Wolf demjenigen nichts tut, der rein und ohne Fehle seines Weges zieht, wie es dem Dichter im Sabinerwalde passiert sein soll. Als eine Staffette von Motorzyklisten die Verfolgung der Bestien aufnahm, sahen sie davon ab, mit der Bahn zu fahren, und gewannen durchs Stadttor das freie Feld. Vielleicht, daß sie sich in Rom bei Maestro Mussolini als Ammen melden, wie das in grauer Vorzeit geschah. Italienreisende tun gut, zu weinen. Mit den Wölfen muß man heulen.

Aber besser ist es, sich des Sommers zu freuen. Die großen Ferien kommen uns wie gerufen, und schon höre ich, wie deine liebe Ella zu dir sagt: „Nu leg' schon die Abendzeitung fort, Harry! Indem daß wir noch einen Spaziergang um die Lauben machen.“ Vögel zwitschern, Grammophonplatten schmettern: „Küsse mich!“ Wie eine kupferne Bowle glänzt die Sonne am azurnen Abendhimmel. Und da du eine hochfeine Brasilzigarre zwischen den Lippen hast, können dich die Mücken sonst etwas. Beseligt schweift der Blick ins Weite ...

In die Landschaft hingeklatscht,
Glüht ein Fold von Serradella.
Grade dort — —
Und grad' der Ella
Hast du ganz das Haar zermatscht.

Groß-Berlin

Von Hangelsberg nach Storkow

Zu dieser einsamen Waldwanderung, die durch abwechslungsreiches Gebiet führt, fährt man vom Schlesischen Bahnhof 7.09 oder 8.09 nach Hangelsberg. (In Erkner umsteigen!)

Vom Bahnhof durchwandert man in südlicher Richtung den Ort. Beim Forsthause wendet man sich links und kommt nach 20 Minuten zum Restaurant Waldhaus. Hier läßt man sich über die Spree hinübertragen. Spreeaufwärts über Wiesenniederungen kommen wir dann nach wenigen Minuten an den Wald. Ein nach Süden führender Weg bringt uns in 5 Minuten zu einem Fahrweg, der südöstlich verläuft. Auf ihm erreichen wir in dreiviertel Stunde den Oder-Spree-Kanal, den wir überschreiten, um das gegenüberliegende Braunsdorf zu erreichen. Wir verlassen das Dorf nach Süden. Der Weg zieht sich am Waldesrande längs des „großen Stadtluchs" hin, kreuzt kurz vor einem Forsthause die Landstraße Fürstenwalde—Sprenhagen, zieht sich im Bogen durch eine Wiesenniederung und erreicht schließlich Dorf Langendamm, an das sich im Süden Margraspieske anschließt. (Eine Stunde von Braunsdorf). Weiter geht unser Weg in südöstlicher Richtung. Er führt uns zunächst über Feld zum Vorwerk Briesenluch, dann durch Wald und zuletzt über die Chaussee Fürstenwalde—Storkow nach dem hübsch gelegenen großen und kleinen Kolpinsee. Am letzten liegt das Dörfchen Kolpin. Von hier bringt uns eine schöne Waldchaussee in einer Stunde nach Storkow. Das freundliche Landstädtchen am großen Storkower oder Dolgensee gelegen, bietet keine architektonisch hervorragenden Baulichkeiten. Das alte Schloß im Süden der Stadt ist auf einem künstlich aufgeschüttetem Hügel erbaut und dient jetzt Verwaltungszwecken. Die spätgotische Kirche stammt aus dem 14. Jahrhundert und ist neuerdings renoviert worden.

Von Storkow fahren wir abends 5.56, 8.00 oder 8.41 zunächst bis Königswusterhausen, wo wir dann direkten Anschluß nach Berlin, Görlitzer Bahnhof haben. Wer nach einem der Stadtbahnhöfe gelangen will, muß in Johannistal—Niederschöneweide nochmals umsteigen. Gehzeit: 4½ Stunden.

M. S.

Die Ueberschwemmungen in Polen

Verheerungen in Galizien und im polnischen Schlesien

Eine schwere Ueberschwemmungskatastrophe hat, wie uns gemeldet, Galizien, Teile Oberschlesiens und das Teschener Schlesien heimgesucht. Seit Wochen regnet es in diesen Landstrichen fast ohne Unterbrechung. Bis Ende vergangener Woche drohten noch keine direkten Gefahren, obwar aus zahlreichen Kreisen gemeldet wurde, daß die Kartoffeln bereits zu faulen begonnen haben. Aber am Sonntag, Montag und Dienstag gingen über diese Gegenden wolkenbruchartige Regen nieder, wodurch den unregulierten Flüssen und Bächen dermaßen gewaltige Wassermassen zuflüteten, daß der Wasserstand von Stunde zu Stunde um 15 bis 20 Zentimeter höher stieg, bis das Wasser aus den Ufern trat und sich über das ebene Land ergoß. So sind die obere Weichsel und ihre Bergzuflüsse, die Sola, Skawa, Raba, der Weislok, Dunajec, San meilenweit über die Ufer getreten und haben die Getreidefelder überschwemmt. Es sind nicht nur mehrere hundert Dörfer zum Teil überschwemmt, zum Teil von der Ueberschwemmung bedroht, vielmehr stehen auch mehrere Städte unter Wasser, die Eisenbahnlinien sind an zahlreichen Stellen unterspült, die Eisenbahn- und Wegverbindung mehrfach unterbrochen, Brücken zerstört worden.

In der Woidwodschaft Schlesien sind Weichsel und Bialka aus den Ufern getreten und haben weit die Felder überschwemmt und aufgewühlt. Die Dörfer Wisla, Ustron, Skoczow und andere stehen unter Wasser. Am Dunajec sind viele Dörfer und die Stadt Neusandek überschwemmt worden. In der Woiwodschaft Stanislaus (Ostgalizien trat der Djechr aus den Ufern. Außer zahlreichen Dörfern ist hier besonders die Stadt Borysław stark bedroht.

Die Ueberschwemmungskatastrophe hat bereits zahlreiche Opfer an Menschen gefordert, die in den Fluten umgekommen sind. Zahlreiches Militär ist nach den meisten überschwemmten Ortschaften abgegangen. Vielfach wurden Menschen und Tiere von den Rettungsmannschaften nach Ueberwindung der größten Gefahren gerettet. Viele Häuser sind eingestürzt. Von der Ueberschwemmungskatastrophe berührt sind etwa 300 000 Menschen. Da es noch immer regnet, kann man den Umfang der Katastrophe zurzeit noch nicht ermessen.

Die Affäre der Landespfandbriefanstalt

Der Prozeß gegen Dr. Kann

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte heute über das erste der Strafverfahren, mit denen sich die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse schon beschäftigt haben. Angeklagt ist der Kaufmann Dr. Herbert Kann wegen Betruges zum Schaden des Rittergutsbesitzers v. Zitzewitz. Das vorliegende Strafverfahren bildet einen Ausschnitt aus der Affäre der Landespfandbriefanstalt, die später noch die Gerichte beschäftigen wird.

Nachdem der Eröffnungsbeschluß verlesen ist, schildert der Angeklagte Dr. Kann zunächst seinen Werdegang. Dr. Kann betont ausdrücklich, daß er, obgleich er reichlich Gelegenheit zur Flucht gehabt hätte, sich freiwillig der Staatsanwaltschaft gestellt habe. Er schildert ausführlich seine Bestrebungen, dem deutschen Hypothekenmarkt ausländische, insbesondere holländische Geldquellen zu erschließen. Allmählich kommt er dann auf seine Verbindung mit der Gruppe v. Zitzewitz und dem Geschäft mit dem Bureauhaus Börse und der Sist G. m. b. H. zu sprechen.

Von der Stößensee-Brücke gesprungen. Heute morgen gegen 6 Uhr sprang die 30 Jahre alte Charlotte Iwanowski, wohnhaft in der Knesebeckstraße in Charlottenburg, von der 22 Meter hohen Stößensee-Brücke bei Pichelsberge in die Tiefe. Sie verfehlte dabei den schmalen Wasserarm und fiel aufs Ufer, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. In hoffnungslosem Zustand wurde sie in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Ein Koffardieb erwischt. Ein Koffer mit Schmucksachen im Werte von 7000 Mark wurde, wie wir seinerzeit mitteilten, am 18. Juni auf dem Lehrter Bahnhof einer Dame aus Heidelberg gestohlen. Die Kriminalpolizei erwischte gestern den Dieb in einem 17 Jahre alten Burschen Willy H., als er einen Ring aus dem gestohlenen Koffer an einen Juwelier verkaufen wollte. Ein Kollier hatte ihm ein Händler abgekauft. Bei diesem wurde es noch gefunden. Der Hehler wurde ebenfalls festgenommen.

Ein falscher Heizungsrevisor machte gestern reiche Beute. Der Schwindler meldet sich bei den Pförtnerleuten als Beamter der Baupolizei und erklärt, daß er die Heizungsanlagen in deren Auftrage nachsehen müsse. Wenn man ihn dann durch die Wohnungen gehen läßt, so stiehlt er, was er nur erreichen kann. So erbeutete er gestern bei einem Arzt in Schöneberg für 4000 Mark Schmucksachen. Der Gauner ist etwa 45 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat ein bartloses pockennarbiges Gesicht und eine Glatze und trägt einen braungelblichen Anzug und einen weichen Hut. Mitteilungen an Kriminalkommissar Kuck im Polizeipräsidium.

Feuerlöschboote auf der Spree

Mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet — Radioanlagen — Auch bei Unglücksfällen in Tätigkeit

Das Berliner Feuerlöschwesen wird immer mehr und mehr ausgebaut. Nachdem man, wie berichtet, sich endgültig zu der Aufstellung neuer Feuermelder entschlossen hat, wird man in diesen Tagen mit einer weiteren Neueinrichtung bei der Berliner Feuerwehr überrascht werden, daß erste Feuerlöschboot wird auf der Spree und Havel verkehren.

Die großen Brände an der Oberspree, vor allem aber der Brand eines Bootshauses, bei dem über zweihunder Sportboote ein Raub der Flammen wurden, sowie die Sicherung der Berliner Industrie- und Hafenanlagen, gaben dem Berliner Magistrat Veranlassung, das Feuerlöschwesen auf der Spree und Havel nach dem Muster anderer deutschen Hafenstädte auszubauen. Zu diesem Zwecke hat der Magistrat, Abteilung Feuerlöschwesen, auf einer großen Bootswerft bei Friedrichshagen bereits vor längerer Zeit den Bau von zwei Feuerlöschbooten in Auftrag gegeben, deren Fertigstellung in diesen Tagen vor sich gehen dürfte. Die Boote sind mit den modernsten technischen Einrichtungen im Feuerlöschwesen und nach den Erfahrungen ausgerüstet, die Oberbranddirektor Gempp auf seiner Studienreise in Amerika gesammelt hat. Die Boote sind vierzehn Meter lang und werden durch Motoren betrieben, die auch zugleich die Pumpenanlagen bedienen. Jedes Boot wird mit der Löschstärke einer Dampfspritze der Feuerwehr erbaut und auf der Spree mit einer Geschwindigkeit von etwa 18 Kilometern fahren.

Im vorderen Teile der Feuerwehr ist eine Wohnschlafkabine eingebaut, wo der Führer des Bootes sich zur Nachtzeit aufhalten kann. Die Besetzung des Bootes im Falle einer Alarmierung erfolgt durch die Beamten der Berliner Feuerwehr. Ein drittes gleiches Feuerlöschboot hat der Magistrat von den Deutschen Werken erworben und läßt es gegenwärtig ebenfalls mit den neuesten Errungenschaften auf feuertechnischem Gebiet ausstatten.

Außerdem erhalten alle drei Boote eine Radioanlage, damit im Falle dringender Gefahr, bei Kontrollfahrten der Rundfunksender die Boote alarmieren kann. Hierbei ist an erster Stelle daran gedacht, daß die Boote auch bei Unglücksfällen auf der Spree und Havel rechtzeitig zur Hilfeleistung herangezogen werden können.

An den zuständigen Amtsstellen ist man bereits jetzt schon von einer außerordentlichen Bewährung dieser Boote überzeugt und man beabsichtigt, weitere Löschboote in Arbeit zu geben. Von den drei ersten Booten wird das eine die Oberspree, das andere innerhalb Berlins die Spree befahren, während das dritte Löschboot auf der Havel stationiert werden soll. Der Berliner Wasserschutz von der Wirtschaftsgenossenschaft wird seine beiden Wachboote ebenfalls in den Dienst der Feuerwehr stellen, und gemeinsam bei Alarmierungen nach der Brand- oder Unfallstelle fahren.

Boxkämpfe in der Bockbrauerei

Antonowitsch, Noack, Stamms siegen nach Punkten. — Die Schwergewichte enttäuschen

Die kurze Ruhepause in der Veranstaltung der Boxkämpfe schien die Boxportanhänger wieder mit vielem versöhnt zu haben. Obgleich auf dem gestrigen Programm keine Namen der ganz „großen und zugkräftigen" Boxer standen, hatten sich doch sämtliche Plätze im Garten der Bockbrauerei dicht gefüllt. Und jeder einzelne, wenn er sich nicht gerade viel von den beiden Schwergewichtboxern versprochen, kam auf seine Kosten. Es gab durchweg technisch gute Kämpfe, in denen der Sieger erst nach Ablauf der vollen Rundenzahl nach Punkten ermittelt wurde.

Die einzige Ausnahme machte die Begegnung der Schwergewichte, Rudi Wagner (180)—Jack Townsend (180). In diesem Kampf, der zwar als einziger mit 4-Unzen-handschuhen und harten Bandagen über 10 Runden ging, gab es eine k. o.-Entscheidung. Beide Boxer zeigten technisch und taktisch aber recht wenig. Beinarbeit geb es hier überhaupt nicht. Meist fest umschlungen, schubsten sich diese kraftstrotzenden Athleten im Ring herum. Kam es wirklich einmal zu einem Schlagwechsel, so war meist der Neger, der den gewandteren Eindruck machte, der überlegene. Als in der fünften Runde die beiden Kämpfer einzuschlafen drohten, wurden sie durch Gejohle und Gepfeife der Zuschauer wesentlich ermuntert. In der sechsten Runde mußte Wagner, der es mit Tiefschlägen nicht genau nahm, eine Verwarnung durch den Ringrichter hinnehmen. In der siebenten Runde konnte der Neger, der sich mit seiner vorgestreckten linken Wagner stets vom Leibe halten konnte, einige Haken anbringen, die den bereits ermüdeten Duisburger stark erschütterten. Als sich nach einer Schlagserie Wagner, den Kopf mit beiden Armen gedeckt, abwandte, benutzte Townsend die Gelegenheit, um den sich umdrehenden Wagner durch einen Leberhaken k. o. zu schlagen.

Wesentlich lebhafter ging es in dem Kampf der beiden Federgewichte zu. Der schwedische Meister Axel Kvist (116) hatte in Noack (115) einen ausgezeichneten Gegner erhalten. Noack nahm es bedauerlicherweise in den ersten Runden mit korrektem Boxen, was der sonst recht gute Schiedsrichter Bülow darüber ließ, nicht genau. Als der Berliner dann merkte, daß er auch ohne „Falten" seinem Gegner überlegen war, forcierte er das Tempo noch mehr, landete rechts und links, wie er wollte, und konnte den Schweden, dem er das linke Auge aufgeschlagen hatte, schwer erschüttern. Zum Niederschlag kam es nicht, doch hatte Noack seinen Punktvorsprung derart vergrößert, daß ihm nach Ablauf der acht Runden der Sieg zugesprochen werden mußte. Auch in der manderen Federgewichtskampf, der den Abend einleitete, wurde ein technisch guter Boxkampf gezeigt. Stamms (Mülhausen, 115), boxte noch recht amateurmäßig, war stets im Angriff, konnte aber mit seinen Schlägen den sich gut deckenden Sasse (124) nicht in Bedrängnis bringen. Nach Ablauf der sechs Runden wurde Stamms der Punktsieg zugesprochen.

Den besten Kampf des Abends boten die Mittelgewichtler Brandl (145) und Antonowitsch (143). Vom Gong an gingen beide frisch aufeinander los. Antonowitsch konnte bereits in der ersten Runde bei Brandl einen rechten Schwinger anbringen, der den Berliner bis „acht" zu Boden warf. In der zweiten Runde hatte sich Brandl dann wieder vollkommen erholt. Die nächsten Runden verliefen ausgeglichen, dann arbeitete sich aber der Bremer, der unermüdlich angriff und viel Schläge anbringen konnte, einen Punktvorsprung heraus, der nach Ablauf der acht Runden zum Siege langte. Brandl forderte gleich nach der Verkündung des Siegers von seinem Bezwinger Antonowitsch Revanche.

Der Lilienthal-Preis

Von gutem Wetter begünstigt, starteten in den letzten Tagen die vier Teilnehmer der Gruppe B. Die Hindernisflüge wurden von allen Piloten glatt ausgeführt. Sonnabend früh begannen die Prüfungen im Höhenflug. Auffahrt, dessen Anmeldung zu spät bei der Prüfungskommission eingetroffen war, nimmt infolgedessen am Wettbewerb nicht teil.

Die Verkehrszählung. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Die am Sonntag, 28. Juni, ausgefallene Verkehrszählung findet am Sonntag, 5. Juli, statt.

Berlin für Beibehaltung des kommunalen Gewerbegerichts. Auf Grund einer Denkschrift des Leiters des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, des Obermagistratsrats Möbling, sprach sich der Magistrat Berlin für die Beibehaltung und den Ausbau der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als kommunale Einrichtungen aus. Es ist daraufhin eine Eingabe an den Städtetag, den Reichstag, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat gerichtet worden, die auf die Unzweckmäßigkeit und die Gefahren der Verstaatlichung hinweist und die Beibehaltung der bestehenden kommunalen Arbeitsgerichte unter Erweiterung ihres Aufgabenkreises fordert.

Gefängnisstrafe für Reisende ohne Paß im besetzten Gebiet. Wie wir von zuständiger Seite hören, sind neuerdings wieder zahlreiche Reisende aus dem unbesetzten Gebiet, darunter auch solche aus Berlin, die ihre Verwandten im Rheinland besuchen wollten, von den Franzosen mit hohen Geldstrafen, in zwei Fällen sogar mit zwanzig bzw. sieben Tagen Gefängnis bestraft worden. Es muß erneut daran erinnert werden, daß jeder Reisende über 16 Jahre, ob männlich oder weiblich, einen für diesen Zweck geschaffenen Personalausweis oder einen deutschen Reisepaß besitzen muß. Beide Papiere müssen bei den Polizeibehörden (in Berlin beim Polizeiamt) rechtzeitig beantragt werden, falls den Reisenden keine Nachteile entstehen sollen.

Ein großes Sport- und Musikfest veranstaltet am Sonntag, 5. d. M., nachmittags ab 3 Uhr, die Notgemeinschaft auf der Rennbahn Karlshorst. Als Hauptattraktion findet ein Absturz mit dem Fallschirm des Piloten Hinderlich statt. Reitsportliche Vorführungen der berittenen Schutzpolizei, Kunstflüge der Fliegerschule Bornemann, Ballett auf grünen Rasen, ausgeführt von Damen der Oper, Gesangsvorträge der Abelschen Männerchöre „Eintracht", Friedrichsfelde, „Berliner Sängervereinigung 1875" (zirka 300 Sänger), Kunstradfahrer, moderne Gladiatoren, Truppe Romanow vom Wintergarten (12 Personen), sowie Militärkonzert, Dirigent Max Träger (früher Elisabether) vervollständigen das Programm.

Neue Erdbeben in Kalifornien

Besonders heftiger Stoß in Santa Barbara

San Francisco, 3. Juli. (W. T. B.)

Heute früh wurden in Kalifornien erneute Erdbeben verspürt. Ein besonders heftiger Erdstoß wird aus Santa Barbara gemeldet.

Das Urteil im Grabower Vatermordprozeß

Magdeburg, 4. Juli (Privat).

Am Freitag abend wurde nach viertägiger Verhandlung vor dem Magdeburger Schwurgericht das Urteil im Grabower Vatermordprozeß ausgesprochen. Der 29 Jahre alte Landarbeiter Albert Hoppe ist des Mordes an seinem Vater, dem Landwirt Albert Hoppe in Grabow, angeklagt, mit ihm seine Mutter und Schwester wegen Urkundenfälschung.

Der alte Hoppe war am 3. Januar 1920 mit seinen beiden Söhnen Albert und Karl, dieser ist inzwischen verstorben, zum Kienäpfelpflücken in den Wald gegangen. Hier wurde er von seinem Sohn Albert durch zwei Schüsse getötet. Die Leiche wurde zunächst mit Laub bedeckt, am anderen Morgen abgeholt und in der Nähe des elterlichen Grundstücks verscharrt.

Der Angeklagte Albert Hoppe wurde wegen Totschlags, Wilderei und unbefugten Waffenbesitzes zu 12 Jahren und vier Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; seine Mutter Pauline Hoppe wurde wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung mit einem Monat Gefängnis bestraft; die Schwester des Angeklagten, Anna Müller, wurde wegen Urkundenfälschung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Hamburg, 4. Juli. (Privat.)

Vor dem Lüneburger Schwurgericht wurde eine Familientragödie verhandelt. Der Pächter Grebien aus Seerau lebte mit seiner Frau in unglücklicher Ehe, deren Scheidung von seiten der Frau und deren Mutter betrieben wurde. Grebien hat seine Frau wiederholt, bei ihm zu bleiben, aber ohne Erfolg. Am 21. März d. J. verließ ihn die Frau und ließ ihm drei Kinder zurück, von denen das älteste nicht einmal von Grebien stammte. In seiner Erregung fuhr er auf dem Rade hinter seiner Frau her, holte sie ein und schoß sie nieder. Die Frau starb im Straßengraben, während Grebien sich sofort dem Gericht stellte. Das Urteil lautete wegen Totschlags auf acht Jahre Zuchthaus.

Gegen zwei Berliner Verbrecher wurde gestern vor dem Liegnitzer Schöffengericht verhandelt, die im vorigen Jahre den Bunzlauer Kreis unsicher gemacht hatten, und auf deren Konto 12 schwere Diebstähle zu setzen sind. Der Gärtner Albert Henn und der Kaufmannsgehilfe Röhr wurden zu drei bzw. 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sonderzüge zur Jahrtausendfeier. Zu den Bedingungen der Sommersonderzüge (mit 33⅓ Prozent Fahrpreisermäßigung) werden Sonderzüge dritter Klasse abgelassen. Ueber die Verkehrstage, den Fahrplan und die Bedingungen für die Benutzung geben die Bekanntmachungen auf den von den Zügen berührten Bahnhöfen Auskunft.

Der Oberpostschaffner Max Hürdler und Ehefrau, Wasserstraße 73, feiern heute ihre Silberhochzeit.

Wochenspielplan der Berliner Bühnen

Erstaufführungen. Schiller-Theater: 5. Annemarie. — Trianontheater: 5. Tugendprinzessin. — Staatl. Schauspielhaus: 6. Kreuzleuer. — Tribüne: 6. Die Liebenden.

Staatl. Opernhaus: 5. Meistersinger von Nürnberg; ab 6. geschl.
Staatl. Schauspielhaus: ab 6. Kreuzleuer.
Lessing-Theater: D. blaue Stunde.
Kleines Theater: Angele. — Der Mai seiner Ehre.
Trianontheater: ab 5. Die Tugendprinzessin.
Berliner Theater: Anneliese von Dessau.
Komödienhaus: Der letzte Kuß.
Schiller-Theater: Annemarie.
Deutsches Künstlertheater: Meiseken.
Operettenhaus am Schiffbauerdamm: Der kleine Kuppler.
Renaissancetheater: Die Pfarrhauskomödie.
Theater am Kurfürstendamm: Madame Revue.
Theater des Westens: Uschi.
Tribüne: ab 6. Die Liebenden.
Metropoltheater: Tausend süße Bienchen.
Volksbühne: Die deutschen Kleinstädter.
Oper am Königsplatz: Der Stern von Assuan.
Theater in d. Kommandantenstraße: Durch den Rundfunk.
Theater im Admiralspalast: Chocolate Kiddies.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Nach Gewitterregen mit vorübergehender Abkühlung noch größtenteils wolkig.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Norddeutschland zahlreiche Gewitterregen, in Süddeutschland bereits Besserung des Wetters.

Verantwortliche Redakteure für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller-Hepp; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer; für den Inseratenteil: Heinrich Barna; sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.